

Volkswirtschaftliche Arbeiter-Zeitung

Montag, 15. Juni 1931
Ausg. A 13. Jahrgang, Nummer 120

Heute:
„Roter Stern“
Nur für Abonnenten

für Schlesien

Organ der SPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzberger Straße 50, Telefon 480 89, Postfach 100
Breslau 544, Rebellstraße Breslau 10, Kreuzberger Straße 50, Telefon 480 09, Sprechzeit der Redaktion von 12-18 Uhr
Montags bis Freitags von 17-18 Uhr. Filialredaktion:
Wrocław, Kaula 6, Telefon 23 24, Geschäftszeit von 8-19 Uhr.
Verlagsort: Hauptverlag Breslau, Verlag: Schönlage Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau - Druck: „Vorwärts“ AG, Fil. Breslau, Kreuzberger Straße 50, Telefon 484 55.

SPD stimmt für Notverordnung!

Sie stimmen für strikte Durchführung der Hungerdiktate in Preußen, garantieren den Pfaffen 78 Millionen Gehälter und verhelfen dem Luther-Konkordat zur Annahme

In der Sonnabend-Sitzung des Preussischen Landtages erklärten sich die SPD-Führer wiederum als die gehorsamen Knechte der Brüning-Regierung und der kirchlichen Reaktion, indem sie nicht nur dem Pfarrereinsatzgesetz zustimmten, dem Luther-Konkordat durch Stimmenthaltung zur Annahme verhelfen, den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen die Braun-Severing-Regierung ablehnten, sondern auch den kommunistischen Antrag niederstimmten, der von den preussischen Vertretern im Reichsrat forsert, die Aufhebung der neuen Brüning'schen Notverordnung zu verlangen.

Der berüchtigte Reiner begründete die Ablehnung des kommunistischen Antrages gegen die Brüning'sche Notverordnung mit der verlogenen Erklärung, daß die Verordnung Brüning's keine preussische Sache sei und demzufolge der Antrag vor den Reichstag gehöre. Aber vergebens werden die Brüning-Sozialisten mit dieser plumphen Demagogie die Tatsache aus der Welt schaffen können, daß sich mit der Zustimmung die SPD, offen für die Aufrechterhaltung der neuen Brüning'schen Hungernotverordnung festgelegt und mit der Ablehnung des Mißtrauensantrages für die strikte Durchführung dieser Hungernotverordnung in Preußen gestimmt hat.

Die Abstimmung des Antrages gegen die Notverordnung ergab seine Ablehnung mit 206 Stimmen der Regierungsparteien gegen die Stimmen der Kommunisten und der Rechtsparteien. Der Mißtrauensantrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 220 Stimmen der Regierungsparteien gegen 167 Stimmen der Kommunisten und der

Rechtsparteien abgelehnt. Die Zustimmung über das Luther-Konkordat ergab Annahme mit 202 Stimmen gegen 54 Stimmen der Kommunisten und der Nazis bei Stimmenthaltung der SPD. Das Pfarrereinsatzgesetz wurde mit den Stimmen aller Parteien gegen die Kommunisten angenommen.

Während der Schlußberatung über das Konkordat, in der Genosse Karl Schulz noch einmal mit der Konkordatspolitik der Braun-Severing-Regierung abrechnete und das Verhalten der Sozialdemokraten brandmarkte, die sich nur deshalb der Stimme enthalten, weil die Annahme des Konkordats gesichert ist, kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Kommunisten und den Zentrumsabgeordneten. Als Genosse Schulz das letzte Rundschreiben des Papstes Plus geißelte und seinen Inhalt als Schwindel und Verleumdung kennzeichnete, erhob sich ein ungeheurer Tumult. Ein Anzahl Zentrumsverordneter drang in gehetzter Empörung zum Angriff gegen die Rednertribüne vor, zogen es aber vor, sich rasch wieder zurückzuziehen, als ihr die Kommunisten entgegentraten.

Für die Sozialdemokraten begründete Rüders ihre Stimmenthaltung mit dem „Bedenken“. Die Vertreter der bürgerlichen Rechtsparteien erklärten, daß sie die Fortschritte, die das Konkordat bringe, begrüßten und ihm aber ihre Zustimmung wegen der politischen Klausel verweigerten. Für die Nazis erklärte Kube, daß sie den Vertrag ablehnen, weil von der „marxistischen“ Regierung eine objektive Durchführung nicht zu erwarten sei.

Der Solidaritätstag in Berlin

Berlin, 15. Juni. (Sig. Drahtber.) Das rote Berlin fand gestern im Zeichen des Internationalen Solidaritätstages. In 30 der größten Berliner Saalabstimmungen hatte sich die werktätige Bevölkerung des roten Berlins versammelt. Die Gartenkolonien waren mit riesigen Transparenten geschmückt, die zum Kampf gegen die Hungernotverordnung, für Sammlung der Werktätigen in den Massenorganisationen aufriefen. Die Veranstaltungen hatten sämtlich demonstrativen Charakter. Einige Hunderttausende der Berliner Werktätigen haben sich an den Veranstaltungen beteiligt. Die bürgerliche Presse, „Die Welt am Montag“, die sich sonst nicht genug in Hebe und Verleumdung gegen die SPD, tun kann, schreibt in ihrem Bericht von diesen Kundgebungen: „Die Veranstaltungen wiesen einen Besuch auf, der alle dieser Art in den Schattens stellt. Die Organisation klappte vorzüglich.“

Den Mittelpunkt bildete die Veranstaltung im Etablissement „Paris Hof“. Hier sprach der Leiter der ZAG, Willi Münzenberg, der die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Werktätigen für den Kampf gegen den Hunger aufzeigte und damit ausführte, daß bis zum Oktober 200 000 neue Mitglieder für die ZAG gewonnen werden sollten, so daß die „Arbeiter-Hilfe“ bei ihrem zehnjährigen Bestehen über eine Million Mitglieder haben soll.

Die Antwort auf Leipzig:

Masseneintritt in die SPD.

Düsseldorf. (Sig. Ber.) In München-Glabbech sind gestern 14 sozialdemokratische Arbeiter zur SPD übergetreten, von denen einige zehn und zwanzig Jahre in der SPD Mitglied waren. Sie veröffentlichten in der „Freiheit“ unter der Überschrift „Unsere Antwort auf die Bonifrotterklärung des sozialdemokratischen Parteitag in Leipzig 1931!“ eine Erklärung.

Dresden. (Sig. Ber.) Am Donnerstagmittag kam es in der Nähe des Arbeitsamtes wieder zu Zusammenstößen zwischen Arbeitslosen und Polizei. Die Polizei besetzte später das Arbeitsamt. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen, darunter der Redakteur der „Arbeiterstimme“, Genosse Haap.

Am Abend fand eine Protestversammlung statt, in der Genosse Florin sprach. Die Versammlung war überfüllt. In ihrem Verlauf traten 1 sozialdemokratischer Betriebsrat, 1 ehemaliger Reichsbannermann, 2 Nazis sowie 36 parteilose Arbeiter in die SPD ein.

32 Mofelbauern zur SPD.

Am 7. Juni fand in Lehmen an der Mosel eine öffentliche Bauernversammlung statt. Genosse Fritsch sprach über Bauernrat und Bauernhilfsprogramm der SPD. Seine Ausführungen wurden oft von zustimmenden Zurufen unterbrochen.

In der Diskussion kam das unbeschreibliche Elend der Kleinbauern an der Mosel zum Ausdruck. Bauern, die noch vor wenigen Monaten den nationalsozialistischen Demagogen folgten, erklärten in der mehrstündigen Diskussion, daß sie erlarmt haben, wo ihr Weg ist, und daß sie hinsichtlich gemeinsam mit dem revolutionären Proletariat kämpfen wollen. 32 der Anwesenden erklärten ihren Eintritt in die kommunistische Partei.

Wir müssen hinaus aufs Land! Wir müssen den werktätigen Bauern helfen, den Weg zum Bündnis mit dem revolutionären Proletariat zu finden. Das Bauernhilfsprogramm der kommunistischen Partei, die Oldenburger Rede des Genossen Thälmann in jede Bauernhütte! In allen Dörfern Besprechungen mit den werktätigen Bauern bei der Gründung von Ortsgruppen des Bundes schaffender Landwirte! Überall die kampfgewillten Kleinbauern hinein in die kommunistische Partei!

Polizeiattende gegen Hungernde

Mittelsied, 14. Juni. Bei der Kundgebung am Freitagmorgen gegen die Hungernotverordnung, an der sich über 800 Teilnehmer beteiligten, zeigte sich die Polizei des Sozialdemokraten Damesch wieder als die Polizei, die am ihr Recht kämpfenden Arbeiter mit Gewalt. Als nach der Kundgebung stattgefundenen Demonstrationen die Polizei die Kundgebungen von der Polizei angegriffen. Die Kundgebungen des Hindenburg Ueberfallkommandos wurden durch die Polizei auf Männer und Frauen eingeschlagen. Einige Arbeiter wurden verletzt und festgehalten.

Christliche Arbeiter, das geht euch an!

Das Zentrum für die Notverordnung

Hildesheim 15. Juni. (Sig. Drahtber.) In Hildesheim hielt die Zentrumsfraktion des Reichstages und der Vorstand der Zentrumspartei eine Beratung über die politische Lage in Deutschland ab, wobei der Reichsstaatsminister Brüning und der Reichsarbeitsminister Stegerwald über ihre Tätigkeit berichteten. In einer Entschließung sprach der Vorstand der Zentrumspartei und die Zentrumsfraktion des Reichstages sich für die Hungernotverordnung und gegen die Einberufung des Reichstages aus.

Wir haben keine andere Stellungnahme von der Zentrumsfraktion des Reichstages erwartet. Die Zentrumsfraktion ist mit die Stütze der Brüning-Diktatur und mußte folglich auch diese Hungernotverordnung schlußden. Anders sieht die Frage bei den Millionen christlichen Arbeitern und Frauen, die schon seit Jahren mit ihren übrigen Massengenosseu Not und Elend ertragen müssen.

Auf der am 8. Juni abgehaltenen gemeinsamen Konferenz der Spitzen der christlichen Gewerkschaften und der Arbeiterbeiräte wurde zu dem 1800-Millionenraub Stellung genommen, und dieser wurde

mit „einigen Bedenken“ verteidigt. Der Entschlichung entnehmen wir folgendes:

„Die christliche Arbeiterschaft hat keinerlei Veranlassung, solchen Kritikern am Werte der Reichsregierung Helfersdienste zu leisten. Sie geht ihren eigenen Weg.“

Welchen Weg sie gehen wird, können diese Ausharbeitsvertreter nicht aufzeigen, weil sie genau wissen, daß auch ihre proletarischen Anhänger sich gegen die Hungerdiktatur auflehnen.

Wir appellieren an alle christlichen Arbeiter und Arbeiterfrauen, endlich zu der Erkenntnis zu kommen, daß die Zentrumspartei, die christlichen Gewerkschaften und ihr „Vollstanzler“ Brüning nicht zu ihren Interessensvertretern gehören. Diese Leute haben und werden auch in der Zukunft die Interessen der Geldhade wahrnehmen. Die letzte Hungernotverordnung muß dem letzten christlichen Arbeiter die Augen öffnen und ihn zur roten Klassenfront, zum Kampf gegen alle Volksfeinde bringen.

Her zu den Kommunisten, die auch eure Lebensinteressen gegen die Brüning-Diktatur wahrnehmen! Her zu den Kommunisten zum Kampf um Arbeit, Brot und Freiheit!

Blutige Naziüberfälle in Berlin

Berlin, 15. Juni. (Sig. Drahtber.) In den frühen Morgenstunden des Sonntags wurden im Osten Berlins Arbeiter von Nationalsozialisten überfallen. Die SA-Leute verfeilten in der Warschauer Straße Werbematerial. Ein Arbeiter, der den Nationalsozialisten deutlich seine Ablehnung zur Abnahme des Werbematerials kundtat, wurde von den Nazis sofort verprügelt. Zwischen den hinzugekommenen Arbeitern und den Nazi-Banden kam es daraufhin zu schweren Zusammenstößen, wobei die Nationalsozialisten Schüsse auf die Arbeiter abgaben. Drei Personen wurden schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert, von denen zwei den Nationalsozialisten angehören sollen.

Vor der katholischen Kirche auf dem Winterfeldplatz veranstalteten Angehörige des katholischen Jungmännerverbandes Sammlungen. Pöhlisch wurden sie von fünf Nationalsozialisten überfallen und mißhandelt. Beim Erscheinen des Ueberfallkommandos waren die Nazi-Banden bereits geflüchtet.

Stahlhelmzeitung „verboten“

Berlin, 15. Juni. (Sig. Drahtber.) Der Berliner Polizeipräsident hat die Zeitung „Der Stahlhelm“, das offizielle Organ des Stahlhelmbundes, bis einschließlich

28. Juni 1931 verboten, weil es den Reichsstaatsminister und den Reichsfinanzminister beschimpft und durch eine Karikatur verächtlich gemacht hat. Dieses Verbot ist typisch. Während man bei den geringsten Anlässen die Tageszeitungen der Arbeiterschaft auf Wochen hinaus verbietet, verbietet der sozialdemokratische Polizeipräsident die sozialistische Wochenzeitung „Der Stahlhelm“ nur bis zum 28. Juni 1931, d. h. also nur zwei Nummern. Dabei ist zu beachten, daß das Verbot einer kommunistischen Tageszeitung Hunderttausende von Werktätigen dann überhaupt ihrer Presse beraubt, während die „Stahlhelm“-Leser, die Fachschriften, die gesamte reaktionäre Presse haben. Das „Stahlhelm“-Verbot ist eine billige Geste, um vorzutäuschen, daß die Polizei „über den Parteien“ steht.

Sechs Arbeiter verhaftet

Hindenburg, 15. Juni. Der gestern abgehaltene Solidaritätstag der ZAG stand im Zeichen des wachsenden Kampfwillens der Arbeiterschaft und des Polizeiterror. Vor dem Eingang des Gartens bei Kuria provozierten Stahlhelmer die Demonstranten, und die Polizei beruhte dieses zu einer Gummiknüppelattacke gegen die Arbeiterschaft. Die Polizei benahm sich sehr brutal und schlug wahllos auf Frauen und Kinder ein. Sechs Arbeiter wurden verhaftet und sollen heute dem Schnellrichter vorgeführt werden.

Rund um den Erdball

Belgien konserviert deutsche Befestigung Begraben im U-Bootsarg „Poseidon“

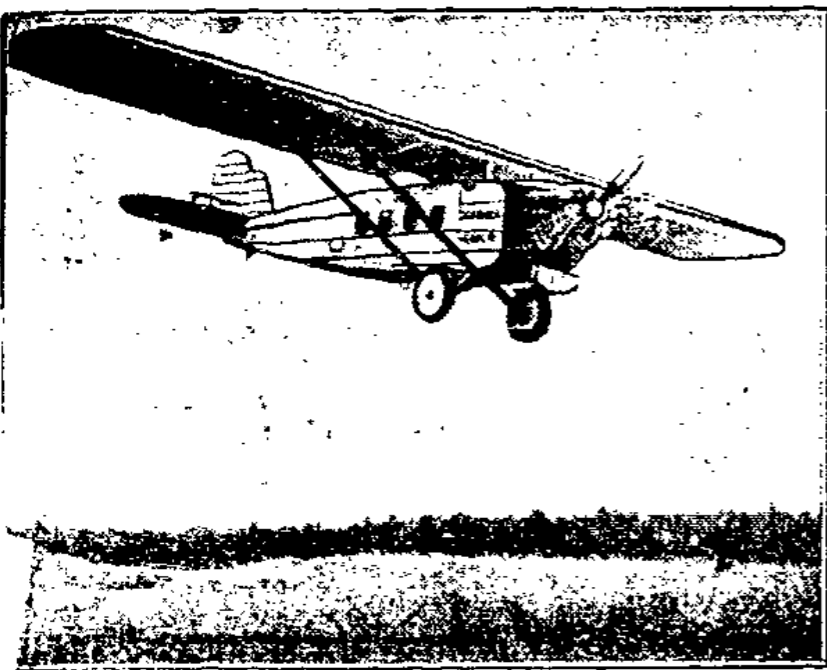


Zur patriotischen Aufpeitschung der Volksmassen und nebenbei zur Hebung des Fremdenverkehrs wird die deutsche Batterie „Wilhelm II“ in Knocke an der belgischen Küste von den belgischen Imperialisten unter „Denkmalsschutz“ gestellt.



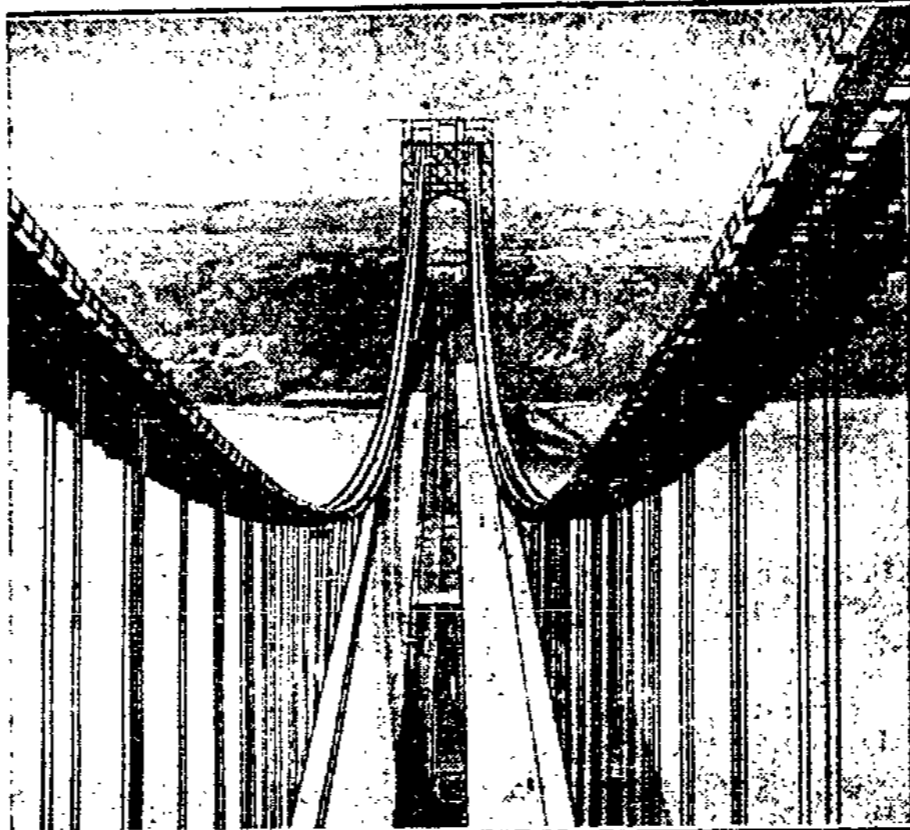
Einige Matrosen vom englischen U-Boot „Poseidon“ mit ihren Familien kurz vor der Abfahrt von Portsmouth nach China, wo jetzt, wie bereits gemeldet, das U-Boot mit 18 Mann gesunken ist.

Mit vier Personen abgestürzt



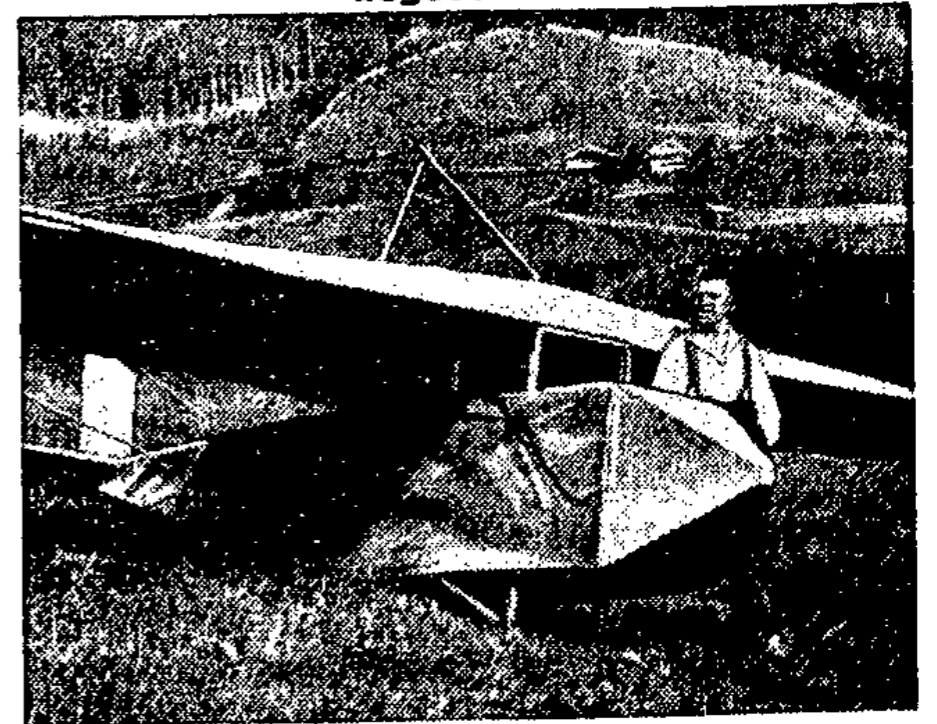
Das Verkehrsflugzeug „D 1455“, eine Dornier-Merkur-Maschine. Das Flugzeug war in Saarbrücken nach Köln gestartet, mußte jedoch kurz danach notlanden, schlug auf dem Boden auf und ging in Flammen auf — die beiden Piloten und zwei Passagiere konnten sich nicht mehr retten und verbrannten.

Schönheit der Technik



Die kürzlich fertiggestellte George-Washington-Brücke über den Hudson-Fluß, die den Staat Newyork mit dem Staat Newjersey verbindet, ein Meisterwerk der Brückenbaukunst.

Der „Schneider von Piesendorf“ tödlich abgestürzt



Der Schneidergerelle Genser aus Piesendorf, der es seinem berühmten Kollegen, dem Schneider von Ulm, nachmachen wollte, und sich seit längerer Zeit mit Segelflugversuchen beschäftigte, ist mit seinem selbstgebaute Flugzeug aus einer Höhe von 50 Metern tödlich abgestürzt.

Bataillon Gendarmerie durch Käse vergiftet

200 Schwerekrankte

Aus Bukarest erreicht uns die Meldung, daß am Freitag ein ganzes Bataillon Gendarmerie auf einem Feld-dienstmarjch an schweren Vergiftungsercheinungen erkrankte und während eines Tages bewegungsunfähig liegen blieb. Während der größere Teil des Bataillons abends durch Fußmarjch die Kaiserne erreichen konnte, mußten zweihundert Schwerekrankte in Viehwagen in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Die Ursache der Erkrankungen ist in vergiftetem Käse zu suchen. Es wurde eine Untersuchung eingeleitet, da man vermutet, daß irgend ein Schieber von Seereslieferant aus Profitgier jahrlängig gehandelt hat.

Verhängnisvoller Irrtum

Im Kellerraum des im Jagdbezirk Mähneberg bei Breslau gelegenen Jagdschlösses des Jagdliebhabers Dr. Klönne brannte seit Pfingsten Licht, weil man vergessen hatte, es auszuschalten. Der Förster Hogrebe, der nachts von einem Dienstgang an dem Jagdhaus vorbeigekommen war, entdeckte durch Zufall dieses Licht. Da er Eindrehen vermutete, alarmierte er den Stadtförster, den Landjägermeister und den Polizeiaufseher. Diese entdeckten in der Dunkelheit einen Mann, dem sie Halt zuriefen, weil sie in ihm einen Verbrecher vermuteten. Dieser aber — es war Hogrebe — hatte ebenfalls die drei Beamten nicht erkannt und gab mehrere Schüsse auf sie ab. Alle drei wurden getroffen und schwer verletzt.

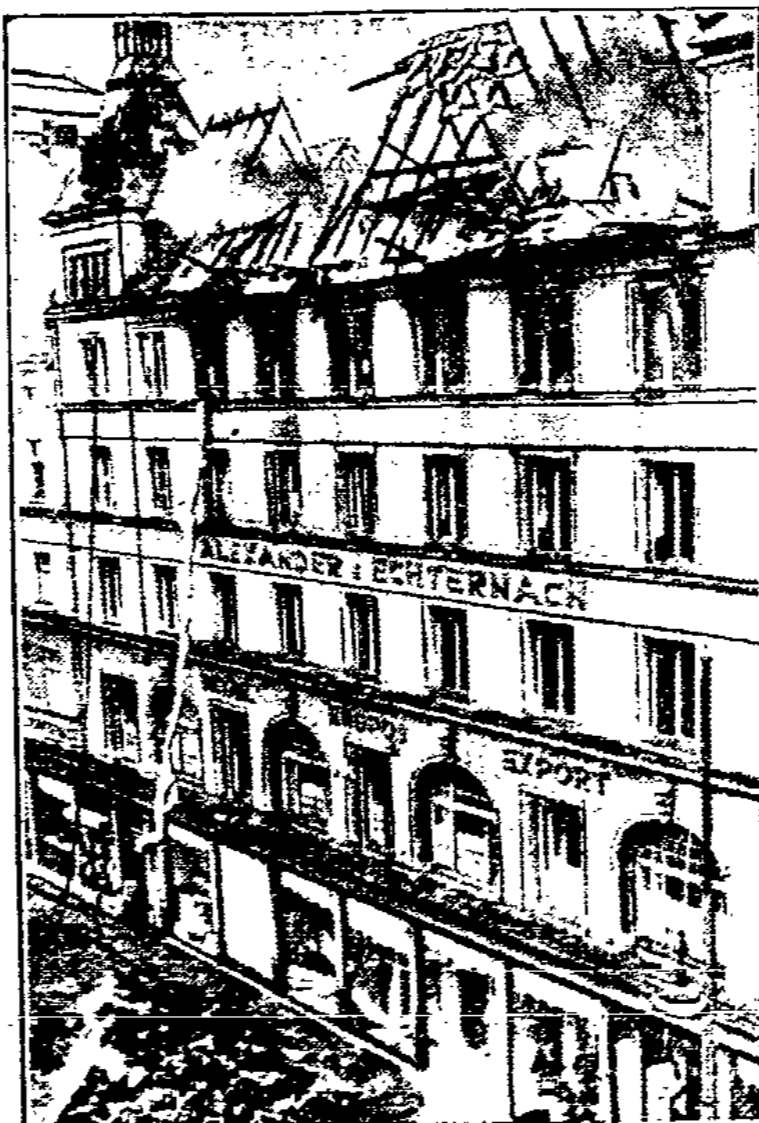
Zwei Tote bei einem Kraftwagenunglück

Am Freitagabend fuhr in Chemnitz der 44 Jahre alte Kraftwagenführer Richard Proch mit einem Lieferwagen einer Bierhandlung auf der Stolberger Straße in rasendem Tempo gegen die Straßenbäume. Der Wagen wurde vollständig zerstört. Der auf dem Kraftwagen befindliche Beifahrer wurde zu Tode gequetscht, und der Führer des Wagens so schwer verletzt, daß er kurz nach der Einlieferung ins Krankenhaus starb.

Großfeuer in Laubitz

In der Nacht zum Sonnabend gegen 1 Uhr brach in der Furthardischen Holzspalterei in Laubitz Großfeuer aus, das innerhalb ganz kurzer Zeit sämtliche Anlagen vollständig vernichtete. An der Brandstelle war Wassermangel, so daß die Feuerwehren machtlos waren. Die Entstehungsursache ist unbekannt.

Die Brandkatastrophe in Königsberg



die den Dachstuhl und das vierte Stockwerk eines Warenhauses vollständig vernichtete

Noch größer als „D. 2000“

Für den Flugweg Cairo—Bagdad hat man jetzt in London eine Maschine vom Stapel gelassen, die als die größte der Welt bezeichnet wird. Die Maschine ist für 42 Passagiere bestimmt, und besitzt allen Komfort, bis Neuheit sogar einen Rauchsalon.

Das größte Luftschiff der Welt



In Akron (Ohio) wird jetzt das größte Luftschiff der Welt, der Marschflugkreuzer „Akron“ fertiggestellt, er soll in allernächster Zeit seine ersten Probeflüge unternehmen. Eigens für dieses Luftschiff hat man einen neuartigen beweglichen Ankermast gebaut, der 25 Meter hoch ist und 130 Tonnen wiegt.

